

2129-2-10-U

**Verordnung
über den Abfallwirtschaftsplan Bayern
(AbfPV) ¹⁾
Vom 18. Dezember 2001**

Auf Grund von § 29 Abs. 1 und 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 (BGBl I S 2705), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 3. Mai 2000 (BGBl I S. 632), und der Art. 11 Abs. 1 sowie Art. 29 Abs. 2 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (BayAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1996 (GVBl S. 396, ber. S. 449, BayRS 2129-2-1-U), zuletzt geändert durch § 23 des Gesetzes vom 24. April 2001 (GVBl S. 140), erlässt die Bayerische Staatsregierung mit Zustimmung des Bayerischen Landtags folgende Verordnung:

**§ 1
Abfallwirtschaftsplan**

Der Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfP) wird gemäß der Anlage, die Bestandteil dieser Verordnung ist, aufgestellt.

**§ 2
Verbindlicherklärung**

Die Festlegungen in Abschnitt II Nr. 2.7 des Abfallwirtschaftsplans über die grundsätzlichen Verbote für entsorgungspflichtige Körperschaften, Abfälle zur Beseitigung in andere Länder der Bundesrepublik Deutschland oder in andere Länder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu verbringen, in Abschnitt IV Nr. 2.2 über die Zuständigkeit des Trägers der Sonderabfallbeseitigung für gesondert zu entsorgende Abfälle zur Beseitigung und in Abschnitt IV Nr. 2.4 über die Überlassungspflicht dieser Abfälle an den Träger der Sonderabfallbeseitigung oder bei Körperteilen und Organabfällen auch an die Abfallverwertung Augsburg (AVA) GmbH (Krankenhausabfallverbrennungsanlage) sind verbindlich.

¹⁾ Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 91/156/EWG des Rates vom 18. März 1991 zur Änderung der Richtlinie 75/442/EWG über Abfälle (ABl. EG Nr. L 78 S. 32), der Richtlinie 94/31/EG des Rates vom 27. Juni 1994 zur Änderung der Richtlinie 91/689/EWG über gefährliche Abfälle (ABl. EG Nr. L 168 S. 28) und der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. EG Nr. L 365 S. 10)

§ 3

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

¹Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft.

²Mit Ablauf des 31. Dezember 2001 treten die

1. Verordnung über den Abfallentsorgungsplan (AbfPV) vom 25. Juli 1995 (GVBl S. 412, BayRS 2129-2-10-U),
 2. Bekanntmachung über die Aufstellung des Abfallbeseitigungsplans, Teilplan Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle vom 17. April 1978 (BayRS 2129-2-5-U),
 3. Bekanntmachung über die Fortschreibung des Abfallbeseitigungsplans, Teilplan Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle vom 28. Mai 1980 (BayRS 2129-2-7-U),
 4. Bekanntmachung über die Aufstellung des Abfallbeseitigungsplans, Teilplan Sondermüll vom 22. Dezember 1976 (BayRS 2129-2-4-U),
 5. Bekanntmachung über die Fortschreibung des Abfallbeseitigungsplans, Teilplan Sondermüll vom 15. Oktober 1980 (BayRS 2129-2-8-U),
 6. Bekanntmachung über die Zweite Fortschreibung des Abfallbeseitigungsplans, Teilplan Sondermüll vom 6. September 1989 (GVBl S. 474, BayRS 2129-2-9-U)
- außer Kraft.

München, den 18. Dezember 2001

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

Anlage zur Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfPV)

Inhaltsübersicht

Übergeordnete und fachliche Ziele der Abfallwirtschaft in Bayern sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung

I

Allgemeines

- 1 Zweck des Abfallwirtschaftsplans
- 2 Geltungsbereich
- 3 Planungszeitraum
- 4 Begriffsbestimmungen

II

Übergeordnete Ziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung

1 Übergeordnete Ziele

- 1.1 Abfallvermeidung
- 1.2 Abfallverwertung
- 1.3 Abfallbehandlung
- 1.4 Abfallablagerung
- 1.5 Schadstoffminimierung

- 1.6 Gemeinwohlverträglichkeit der Entsorgung
- 1.7 Entsorgungssicherheit, Beseitigungsautarkie
- 1.8 Kooperationsprinzip
- 1.9 Verursacherprinzip, Produktverantwortung
- 1.10 Integrierte Produktpolitik
- 1.11 Privatisierung

2 Maßnahmen zur Umsetzung der übergeordneten Ziele

- 2.1 Abfallvermeidung
- 2.2 Abfallverwertung
- 2.3 Abfallbehandlung
- 2.4 Abfallablagerung
- 2.5 Schadstoffminimierung
- 2.6 Gemeinwohlverträglichkeit der Entsorgung
- 2.7 Entsorgungssicherheit, Entsorgungsautarkie
- 2.8 Getrennthaltung
- 2.9 Vorbildfunktion der öffentlichen Hand
- 2.10 Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit
- 2.11 Kooperativer Umweltschutz
- 2.12 Innovationen
- 2.13 Verursacherprinzip, Produktverantwortung
- 2.14 Integrierte Produktpolitik
- 2.15 Privatisierung

III

Fachliche Ziele für Siedlungsabfälle und Gewerbeabfälle sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung

1 Fachliche Ziele für Siedlungsabfälle und Gewerbeabfälle

- 1.1 Abfallvermeidung
- 1.2 Abfallverwertung
- 1.3 Abfallbehandlung
- 1.4 Abfallablagerung

2 Maßnahmen zur Umsetzung der fachlichen Ziele für Siedlungsabfälle und Gewerbeabfälle

- 2.1 Abfallvermeidung
- 2.2 Abfallverwertung
- 2.3 Abfallbehandlung
- 2.4 Abfallablagerung
- 2.5 Abfallwirtschaftskonzepte

IV

Fachliche Ziele für Sonderabfälle gemäß Art. 10 Abs. 1 BayAbfG und gesondert zu entsorgende Abfälle sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung

1 Fachliche Ziele für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle

- 1.1 Vermeidung und Verwertung
- 1.2 Abfallbeseitigung

2 Maßnahmen zur Umsetzung der fachlichen Ziele für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle

- 2.1 Allgemeine Maßnahmen
- 2.2 Träger der Sonderabfallentsorgung
- 2.3 Entsorgungssicherheit, Entsorgungsautarkie
- 2.4 Überlassungspflicht
- 2.5 Entwicklung neuer Technologien

Anhang

Anhang 1	Begriffsbestimmungen
Anhang 2	Thermische Behandlungsanlagen für Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle
Anhang 3	Deponien für Hausmüll, Reststoffe und Klärschlamm
Anhang 4	Sonderabfallentsorgungsanlagen
Anhang 5	Zugelassene Verbringungen

Übergeordnete und fachliche Ziele der Abfallwirtschaft in Bayern sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung

I Allgemeines

1 Zweck des Abfallwirtschaftsplans

Die Abfallwirtschaft ist gemäß den abfallwirtschaftlichen Vorschriften, insbesondere der Zielhierarchie des Art. 1 Abs. 1 BayAbfG und nach dem Leitbild einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung mit Hilfe des Abfallwirtschaftsplans so zu gestalten, dass Abfälle möglichst vermieden werden, die Kreislaufwirtschaft zur Schonung natürlicher Ressourcen gefördert und die umweltverträgliche Beseitigung von Abfällen gesichert wird.

2 Geltungsbereich

Der Abfallwirtschaftsplan gilt für das Staatsgebiet des Freistaates Bayern.

Er ist ein Fachplan für Siedlungsabfälle, Gewerbeabfälle sowie Sonderabfälle (besonders überwachungsbedürftige Abfälle gem. Art. 10 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG) und gesondert zu entsorgende Abfälle.

3 Planungszeitraum

Der Abfallwirtschaftsplan umfaßt den Planungszeitraum bis zum Jahr 2009. Er ist gemäß § 29 Abs. 9 KrW-/AbfG 5 Jahre nach dem In-Kraft-Treten fortzuschreiben.

4 Begriffsbestimmungen

Die Begriffsbestimmungen im Sinn des Abfallwirtschaftsplans sind im Anhang 1 aufgeführt.

II Übergeordnete Ziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung

1 Übergeordnete Ziele

1.1 Abfallvermeidung

1.1.1 Abfälle sind in erster Linie zu vermeiden (§ 4 Abs. 1 KrW-/AbfG).

1.1.2 Ziel ist, das Entstehen von Abfällen zu verhindern oder, soweit dies nicht möglich ist, das Abfallaufkommen so gering wie möglich zu halten (Art. 1 Abs. 1 Nr. 1 BayAbfG).

Anlagentechniken und Produktionsverfahren sollen so entwickelt, eingerichtet und betrieben werden, dass keine oder möglichst wenig Abfälle anfallen.

Um Ressourcen zu schonen, sollen Stoff- und Produktkreisläufe geschlossen werden.

Erzeugnisse sind möglichst so zu gestalten (§ 22 Abs. 1 KrW-/AbfG), dass bei deren Herstellung und Gebrauch möglichst wenig Abfälle entstehen und die umweltverträgliche Verwertung und Beseitigung der nach dem Gebrauch entstandenen Abfälle sichergestellt ist.

Als ein zentraler Ansatzpunkt für eine effektive Abfallvermeidung soll die Produktverantwortung (§ 22 Abs. 1 KrW-/AbfG) verstärkt zur Geltung kommen.

Bei Konsumenten soll eine geänderte, abfallarme Verhaltensweise erreicht werden.

1.1.3 Schadstoffe in Abfällen sind soweit wie möglich zu vermeiden oder zu verringern (Art. 1 Abs. 1 Nr. 2 BayAbfG). Es sollen möglichst schadstofffreie Güter und Erzeugnisse hergestellt und verwendet werden; die entstehenden Abfälle sollen möglichst wenig mit Schadstoffen belastet sein; die Abfälle sollen gefahrlos wieder verwendet oder weiter verwendet werden können.

- 1.1.4 Die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien, die eine möglichst schonende Inanspruchnahme aller natürlichen Ressourcen bei geringstmöglicher Umweltbelastung gewährleisten, ist anzustreben.

1.2 Abfallverwertung

- 1.2.1 Nicht vermeidbare Abfälle sind nach Maßgabe der Regelungen in § 4 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3, Abs. 4 und in § 5 Abs. 2 bis Abs. 6 KrW-/AbfG stofflich oder energetisch zu verwerten, um dadurch Ressourcen zu schonen und die Restabfallmenge zu verringern.
- 1.2.2 Ziel der stofflichen (werkstofflichen oder rohstofflichen) Verwertung ist, aus Abfällen Stoffe (sekundäre Rohstoffe) zu gewinnen oder die stofflichen Eigenschaften der Abfälle für den ursprünglichen Zweck oder für andere geeignete Zwecke zu nutzen.
- 1.2.3 Ziel der energetischen Verwertung ist, Abfälle als Ersatzbrennstoffe zur Gewinnung von Energie einzusetzen.
- 1.2.4 Vorrang hat die nach Maßgabe des § 6 KrW-/AbfG umweltverträglichere Verwertungsart.
- 1.2.5 Eine der Art und Beschaffenheit des Abfalls entsprechende hochwertige und schadlose Verwertung ist anzustreben (§ 5 Abs. 2 Satz 3 KrW-/AbfG).
- 1.2.6 Die Abfallverwertung hat nach Maßgabe des § 5 Abs. 2, Abs. 4 bis Abs. 6 KrW-/AbfG Vorrang vor der Abfallbeseitigung.

1.3 Abfallbehandlung

- 1.3.1 Ziel ist, die nicht unmittelbar verwertbaren Abfälle so zu behandeln, dass sie danach umweltverträglich verwertet oder abgelagert werden können (Art. 1 Abs. 1 Nr. 4 BayAbfG).

1.3.2 Die Behandlung soll

- die vorhandenen Schadstoffe möglichst weitgehend zerstören, oder, soweit dies nicht möglich ist, die Schadstoffe in möglichst kleinen Teilfraktionen konzentrieren und dadurch deren getrennte Erfassung ermöglichen,
- das Volumen und das Gewicht der Abfälle deutlich verringern,
- die abzulagernden Stoffe weitestgehend mineralisieren und stabilisieren,
- das Energiepotenzial des Restabfalls zur Erzeugung von Strom, Fernwärme und Prozessdampf nutzen,
- die im Restabfall enthaltenen Wertstoffe wie Eisen und Nichteisenmetalle erschließen.

1.3.3 Die Abfallbehandlung hat Vorrang vor der Abfallablagerung (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG).

1.4 Abfallablagerung

1.4.1 Vor der Abfallablagerung sind alle Möglichkeiten vorrangiger abfallwirtschaftlicher Maßnahmen auszuschöpfen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist.

1.4.2 Nicht verwertbare oder nicht weiter zu behandelnde Abfälle sind umweltverträglich abzulagern, um sie dadurch aus der Kreislaufwirtschaft auszuschleusen (Art. 1 Abs. 1 Nr. 5 BayAbfG).

1.5 Schadstoffminimierung

Schadstoffe sollen auf allen Stufen der abfallwirtschaftlichen Zielhierarchie möglichst vermieden, zumindest aber verringert werden (Art. 1 Abs. 1 Nr. 2 BayAbfG); insbesondere sollen vorhandene schadstoffhaltige Abfälle aus der Kreislaufwirtschaft ausgeschleust werden.

1.6 Gemeinwohlverträglichkeit der Entsorgung

Ziel ist, alle abfallwirtschaftlichen Maßnahmen so zu gestalten, dass das Wohl der Allgemeinheit und insbesondere die menschliche Gesundheit nicht beeinträchtigt werden und die unvermeidbaren Beeinträchtigungen der Umwelt insbesondere auch des Bodens und des Grundwassers nach dem Stand der Technik begrenzt werden (Art. 1 Abs. 2

BayAbfG). Abfallwirtschaftliche, raumordnerische und sonstige öffentliche Belange sind dabei untereinander und gegeneinander sachgerecht abzuwägen. Bei der Abwägung kommt dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt sowie den abfallwirtschaftlichen Zielen gemäß Art. 1 Abs. 1 BayAbfG und dieses Abfallwirtschaftsplans in dieser Rangfolge besonderes Gewicht zu.

1.7 Entsorgungssicherheit, Beseitigungsautarkie

1.7.1 Ziel ist, die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung der nicht vermeidbaren Abfälle und die gemeinwohlverträgliche Beseitigung der nicht verwertbaren Abfälle auch für die Zukunft sicherzustellen (Entsorgungssicherheit).

1.7.2 Ziel ist, ein integriertes und angemessenes Netz von Beseitigungsanlagen zu schaffen und zu betreiben, das die umwelt- und gesundheitsverträgliche Beseitigung der in Bayern anfallenden Abfälle innerhalb Bayerns gewährleistet (Beseitigungsautarkie, § 10 Abs. 3 KrW-/AbfG). Dabei ist das Näheprinzip zu berücksichtigen.

1.8 Kooperationsprinzip

Der Staat strebt an, die Verantwortung der an der Abfallwirtschaft Beteiligten zu stärken und deshalb in abfallwirtschaftlichen Bereichen auf ordnungsrechtliche Vorgaben zu verzichten, soweit und solange die abfallwirtschaftlichen Ziele durch Selbstorganisation oder kooperative Lösungen mindestens ebensogut erfüllt werden können.

Unternehmen sollen sich freiwillig betrieblichen Umweltprüfungen unterziehen und sich als geprüfte Standorte im Rahmen des EG-Öko-Audit-Systems (Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Beteiligung von Organisatoren an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) vom 19. März 2001 (ABl. Nr. L 114 S. 1), in der jeweils geltenden Fassung, registrieren lassen. Unternehmen, die auf dem Gebiet der Entsorgung von Abfällen tätig sind, sollen sich nach Möglichkeit als Entsorgungsfachbetriebe anerkennen lassen.

1.9 Verursacherprinzip, Produktverantwortung

Das Verursacherprinzip und damit auch die Produktverantwortung (§ 22 KrW-/AbfG) sollen verstärkt Anwendung finden. Ziel ist, abfallwirtschaftliche Belange in die Industrie- und Wirtschaftspolitik zu integrieren. Durch Rücknahme- und Verwertungspflichten sollen insbesondere externe Umweltkosten weiter auf den Verursacher zurückgeführt werden.

1.10 Integrierte Produktpolitik

Ziel ist, auf eine stetige Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen hinsichtlich aller ihrer umweltrelevanten Wirkungen entlang des gesamten Lebenszyklus hinzuwirken. Die vorhandenen Ansätze sollen weiter ausgebaut, neue Ansätze erschlossen werden.

1.11 Privatisierung

Zur Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft sollen die Möglichkeiten der Privatisierung genutzt werden, soweit diese zulässig ist und die abfallwirtschaftlichen Ziele hierdurch mindestens ebenso gut erfüllt werden können.

2 Maßnahmen zur Umsetzung der übergeordneten Ziele

2.1 Abfallvermeidung

2.1.1 Um die Ziele der Abfallvermeidung zu erreichen, wirkt der Freistaat Bayern im Rahmen seiner Zuständigkeiten insbesondere darauf hin, dass nach Maßgabe der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft und der Pflichten der Erzeuger und Besitzer von Abfällen sowie der Entsorgungsträger (§§ 4 ff. KrW-/AbfG)

- abfall- und schadstoffarme Anlagentechniken und Produktionsverfahren eingesetzt werden,
- Stoff- und Produktkreisläufe geschlossen werden,
- die Produktverantwortung durchgesetzt wird,
- Produkt- und Warenströme so gestaltet werden, dass bei der Herstellung, der Verteilung, dem Gebrauch und der Entsorgung möglichst keine oder möglichst wenig Abfälle entstehen,
- die Wiederverwendung und Weiterverwendung gesteigert werden,
- Schadstoffe in den Abfällen soweit möglich vermieden oder verringert werden.

2.1.2 Die öffentliche Hand (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG) hat vorbildhaft dazu beizutragen, dass die Ziele der Abfallvermeidung erreicht werden. Sie soll bei Herstellern, im Handel und bei Verbrauchern durch geeignete Beratung und Öffentlichkeitsarbeit auch künftig darauf hinwirken, dass möglichst wenig und schadstoffarmer Abfall entsteht.

2.1.3 Abfallerzeuger und -besitzer haben die in § 5 Abs. 1 KrW-/AbfG genannten Pflichten zur Abfallvermeidung zu erfüllen. Hersteller und Vertreiber von Produkten sollen gemäß der Produktverantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine anlageninterne Kreislaufführung der Stoffe sorgen, bei Entwicklung, Produktion und Vertrieb der Produkte abfallarme Verfahren bevorzugen und die betriebsinternen Möglichkeiten der Verwertung von Abfällen als Maßnahmen der Abfallvermeidung nutzen.

2.2 Abfallverwertung

- 2.2.1 Um eine hochwertige Abfallverwertung zu erreichen, sollen die nicht vermeidbaren Abfälle möglichst effektiv ihrem stofflichen oder energetischen Potenzial entsprechend verwertet werden. Das Gebot der anzustrebenden Hochwertigkeit gilt sowohl für die stoffliche als auch für die energetische Verwertung. Hierzu sollen die verwertbaren Bestandteile der Abfälle möglichst nahe am Anfallort und möglichst sortenrein erfasst werden, um die verwertbaren Stoffe vollständig oder zumindest in hohen Anteilen wiederzuverwenden oder einer Verwertung zuführen zu können.
- 2.2.2 Die stoffliche Verwertung findet ihre ökologische und ökonomische Grenze, wenn unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Abfälle, des Umfangs der Verunreinigungen und der Art der Verwertung die Umweltbelastung durch den Recycling-Prozess höher als bei der Primärproduktion ist, insbesondere eine erhöhte Schadstoffanreicherung im Stoffkreislauf erfolgt und/oder Stoffkomponenten nur noch mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu trennen sind bzw. wenn die Verwertung insgesamt zu einem unverhältnismäßig hohen finanziellen Aufwand führt. Für den vorsorgenden Bodenschutz wird ein Gleichgewicht zwischen Stoffeintrag und natürlichen Regelfunktionen des Bodens auf möglichst niedrigem Niveau angestrebt.
- 2.2.3 Der werkstofflichen Verwertung soll dann der Vorrang eingeräumt werden, wenn durch umweltverträgliche Aufbereitung ein Sekundärmaterial gewonnen wird, dessen Wertschöpfung die rohstoffliche und energetische Verwertung nach ökologischen und ökonomischen Kriterien übertrifft oder dieser zumindest gleichkommt, und wenn für die Produkte ein Markt vorhanden ist oder geschaffen werden kann.
- 2.2.4 Die rohstoffliche Verwertung ist der energetischen Verwertung dann vorzuziehen, wenn sich unter Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich der Sammellogistik, ökologische und ökonomische Vorteile gegenüber der energetischen Verwertung ergeben.

2.3 Abfallbehandlung

- 2.3.1 Die Abfallerzeuger oder -besitzer sind gemäß § 11 KrW-/AbfG verpflichtet, Abfälle nach den Grundsätzen der gemeinwohlverträglichen Abfallbeseitigung zu beseitigen. Sie haben diejenigen Anteile der von der Entsorgung durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften ausgeschlossenen Abfälle, die weder betriebsintern noch außerhalb des Betriebs verwertet werden können und die die Zuordnungskriterien für die Deponien nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht erfüllen, einer Behandlung zuzuführen.
- 2.3.2 Die Art der Behandlung hat sich nach der Art der Abfälle sowie der Art und der Menge der in den Abfällen enthaltenen Schadstoffe nach Maßgabe bundesrechtlicher Vorschriften und landesrechtlicher Regelungen zu richten.
- 2.3.3 Bei der thermischen Abfallbehandlung ist auf eine Optimierung der Energieerzeugung und -nutzung sowie auf eine weitgehende Verwertung der Schlacke und auf eine weitere Verringerung der Rückstände aus der Abgasreinigung bei gleichzeitiger Konzentrierung der ausgeschleusten Schadstoffe hinzuwirken.
- 2.3.4 Die erforderlichen Behandlungsanlagen sind unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung so zu betreiben, dass sie den öffentlich-rechtlichen Vorschriften, insbesondere den abfallwirtschaftlichen Zielen, genügen.

2.4 Abfallablagerung

- 2.4.1 Abfälle dürfen nur abgelagert werden, wenn sie nach Maßgabe bundesrechtlicher Vorschriften und landesrechtlicher Regelungen die Bedingungen für eine gemeinwohlverträgliche Ablagerung erfüllen. Die Überwachung erfolgt nach diesem bundes- und landesrechtlichen Regelwerk.
- 2.4.2 Die Abfallerzeuger und -besitzer dürfen die von der Entsorgung durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften ausgeschlossenen Abfälle nur dann einer Deponie zur Ablagerung zuführen.

gerung zuführen, wenn diese Abfälle die Zuordnungskriterien nach den bundesrechtlichen und landesrechtlichen Vorschriften erfüllen.

2.5 Schadstoffminimierung

Auf allen Stufen des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes ist dafür Sorge zu tragen, dass die entstehenden Stoffe und Abfälle möglichst wenig mit Schadstoffen belastet sind und dass mit Schadstoffen hochbelastete Abfälle nicht mit anderen Abfällen vermischt werden.

2.6 Gemeinwohlverträglichkeit der Entsorgung

Die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen haben darauf abzielen, die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung der nicht vermeidbaren Abfälle und die gemeinwohlverträgliche Beseitigung der nicht verwertbaren Abfälle auch für die Zukunft sicherzustellen (Art. 1 Abs. 2 KrW-/AbfG).

Mehrkosten für die Durchführung vorrangiger abfallwirtschaftlicher Maßnahmen sind hinzunehmen, soweit sie wirtschaftlich zumutbar sind und nicht außer Verhältnis zum angestrebten abfallwirtschaftlichen Nutzen stehen.

2.7 Entsorgungssicherheit, Entsorgungsautarkie

- 2.7.1 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben gemäß Art. 4 Abs. 2 BayAbfG Anlagen zur Beseitigung der nicht verwertbaren Abfälle nach Maßgabe der Vorschriften des Bundes und der landesrechtlichen Regelungen zu errichten und zu betreiben. Sie sollen die Möglichkeiten der arbeitsteiligen kommunalen Zusammenarbeit bestmöglich nützen.

Die Maßnahmen der Abfallbeseitigung sind im Planungszeitraum so zu gestalten, dass die Entsorgungssicherheit nach Maßgabe der abfallwirtschaftlichen Ziele dauerhaft gewährleistet wird. Das gilt auch, wenn Anlagen an veränderte Abfallaufkommen angepasst oder stillgelegt werden.

Soweit in Beseitigungsanlagen freie Kapazitäten vorhanden sind, können auch Abfälle von außerhalb Bayerns angenommen werden.

2.7.2 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben die in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle innerhalb des Entsorgungsgebietes zu beseitigen, soweit nicht im Abfallwirtschaftsplan andere Regelungen getroffen sind oder die entsorgungspflichtigen Körperschaften im Wege der kommunalen Zusammenarbeit oder in vergleichbaren Formen gebietsübergreifend zusammenwirken und dabei durch langfristige Vereinbarungen und organisatorische Maßnahmen mit einer angemessenen Lastenverteilung die Entsorgungssicherheit gewährleisten. Dies gilt sinngemäß, wenn sich die entsorgungspflichtigen Körperschaften zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen Dritter bedienen.

2.7.3 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften dürfen Abfälle zur Beseitigung nur dann in andere Länder Deutschlands verbringen, wenn die Verbringung

- im Abfallwirtschaftsplan vorgesehen ist (s. Anhang 5) oder
- im Wege der nachbarschaftlichen kommunalen Zusammenarbeit auf der Grundlage einer zwischenstaatlichen Vereinbarung erfolgt und nach den Feststellungen der Regierung abfallwirtschaftlichen Belangen nicht widerspricht.

2.7.4 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften dürfen Abfälle zur Beseitigung nur dann in Länder außerhalb Deutschlands verbringen, wenn die Verbringung

- im Abfallwirtschaftsplan vorgesehen ist oder
- in zwischenstaatlichen Vereinbarungen niedergelegt ist und nach den Feststellungen der Regierung abfallwirtschaftlichen Belangen nicht widerspricht.

Dies gilt nicht für das Zollanschlußgebiet Gemeinde Mittelberg/Kleinwalsertal im Sinn der Verträge vom 2. Dezember 1890 und 3. Mai 1898 mit Österreich.

Die Vorschriften der EG-Abfallverbringungsverordnung vom 1. Februar 1993 (ABl. EG Nr. L 30 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.

2.7.5 Die Regierung kann aus zwingenden Gründen des Allgemeinwohls zeitlich befristete Ausnahmen vom Verbringungsverbot zulassen.

- 2.7.6 Für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle gelten die in Abschnitt IV Nr. 2.3 enthaltenen Regelungen.

2.8 Getrennthaltung

- 2.8.1 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben im Rahmen ihrer Entsorgungspflicht (Art. 3 Abs. 4 BayAbfG) darauf hinzuwirken, dass

- Abfälle zur Verwertung und Abfälle zur Beseitigung getrennt gehalten werden, soweit dies zur Erfüllung der Anforderungen nach den §§ 4, 5 und 10 KrW-/AbfG erforderlich ist.
- Abfälle ihnen oder den von ihnen beauftragten Dritten so überlassen werden, dass ein möglichst großer Anteil verwertet werden kann.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben geeignete Systeme zur getrennten Erfassung von Abfällen zur Verwertung, schadstoffbelasteten Materialien und Abfällen zur Beseitigung einzurichten und zu betreiben.

- 2.8.2 Die Abfallerzeuger und -besitzer haben Abfälle zur Verwertung und Abfälle zur Beseitigung gem. § 5 Abs. 2 Satz 4 KrW-/AbfG und § 11 Abs. 2 KrW-/AbfG getrennt zu halten. Abfälle zur Beseitigung sind den entsorgungspflichtigen Körperschaften entsprechend den von diesen erlassenen Bestimmungen zu überlassen. Die von der öffentlichen Entsorgung ausgeschlossenen Abfälle sind möglichst sortenrein zu erfassen, soweit dies für eine stoffliche Verwertung oder für eine ordnungsgemäße sonstige Entsorgung erforderlich ist.

2.9 Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

- 2.9.1 Die öffentliche Hand hat vorbildhaft dazu beizutragen, dass die abfallwirtschaftlichen Ziele erreicht werden (Art. 2 Abs. 1 BayAbfG). Sie hat unter Wahrung haushaltsrechtlicher Belange ihr Verwaltungshandeln, insbesondere die Vergabe öffentlicher Aufträge darauf auszurichten, dass der

Anfall von Abfällen so gering wie möglich gehalten sowie die Wiederverwendung von Erzeugnissen und die Verwertung von Abfällen gefördert werden.

- 2.9.2 Neben den Verpflichtungen nach Art. 2 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und Abs. 3 BayAbfG wirken die entsorgungspflichtigen Körperschaften im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass die von ihnen beauftragten Dritten und die juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf ihrem Gebiet die vorstehenden Anforderungen beachten.

2.10 Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Die mit Aufgaben der Abfallwirtschaft befassten staatlichen Stellen ergreifen die erforderlichen Informationsmaßnahmen, um das Leitbild der nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung der Abfallwirtschaft in der Gesellschaft, der Verwaltung sowie in der Wirtschaft zu verankern. Sie sammeln das verfügbare Fachwissen und bieten es in geeigneten Informations- und Serviceeinrichtungen an. Auf der Grundlage von Forschungsarbeiten geben sie den Kommunen Planungshilfen über mögliche Kostensenkungen bei technischen und betrieblichen Maßnahmen zur Hand.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften (Art. 3 Abs. 4 BayAbfG) und der Träger der Sonderabfallbeseitigung haben die Abfallerzeuger und Abfallbesitzer über die Möglichkeiten zur Abfallvermeidung, Schadstoffentfrachtung und Abfallverwertung und -beseitigung, insbesondere auch von Sonderabfällen und gesondert zu entsorgenden Abfällen, fachkundig zu beraten. Die Abfallberatung soll sich auf private Einrichtungen, insbesondere Haushalte, gewerbliche Betriebe sowie öffentliche Einrichtungen erstrecken und der Informationskoordination innerhalb der Verwaltung der entsorgungspflichtigen Körperschaften dienen. Sie soll durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, durch die die Ziele der Abfallvermeidung und -verwertung dargestellt werden und die Allgemeinheit angehalten wird, das Entstehen von Abfällen zu vermeiden, die Schadstoffe in den Abfällen gering zu halten und zur Verwertung beizutragen.

Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz, die Regierung und der Träger der Sonderabfallbeseitigung unterstützen die Abfallberater der Kommunen in Fragen der Abfallentsorgung und beraten auch eigenständig.

2.11 Kooperativer Umweltschutz

- 2.11.1 Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen wird weiterentwickelt. Der Staat unterstützt die freiwillige Durchführung von Umweltbetriebsprüfungen und die Einführung von Umweltmanagementsystemen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, sowie die Entwicklung nachhaltiger betrieblicher Wirtschaftsformen. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus sollen eigenverantwortlich Entsorgungskonzepte und betriebliche Umweltschutzmaßnahmen weiterentwickelt werden. Leitlinien sind Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und -verwertung in der Produktion und die Gestaltung langlebiger sowie verwertungs- und beseitigungsfreundlicher Produkte.
- 2.11.2 Zur Beratung von Abfallerzeugern und -besitzern stehen bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften Fachkräfte zur Verfügung.
- 2.11.3 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften sollen bei der Abfallbeseitigung arbeitsteilig im Weg der kommunalen Zusammenarbeit unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung zusammenwirken, soweit dies abfallwirtschaftlich angezeigt ist. Die mit Aufgaben der Abfallwirtschaft befassten staatlichen Stellen beraten die entsorgungspflichtigen Körperschaften hierbei.

2.12 Innovationen

Die mit Aufgaben der Abfallwirtschaft befassten staatlichen Stellen unterstützen durch Forschung und Förderung nach Maßgabe haushalts- und förderrechtlicher Bestimmungen Innovationen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Abfallwirtschaft. Dies gilt insbesondere auch für die Entwicklung und Erprobung umwelt- und ressourcenschonender Produkte, Produktionsverfahren und neuer Technologien auf allen Stufen der abfallwirtschaftlichen Zielhierarchie.

2.13 Verursacherprinzip, Produktverantwortung

Die Produzenten sind verpflichtet, ihre Erzeugnisse möglichst so zu gestalten (§ 22 Abs. 1 Satz 2 KrW-/AbfG), dass bei deren Herstellung und Gebrauch möglichst wenig Abfälle anfallen. Die Produkte sollen mehrfach verwendbar, technisch langlebig und reparaturfreundlich sein. Nach ihrem Gebrauch sollen sie umweltverträglich verwertet, andernfalls gemeinwohlverträglich beseitigt werden können. Hierzu gehört auch die Rücknahme der Erzeugnisse und der nach ihrem Gebrauch verbleibenden Abfälle.

2.14 Integrierte Produktpolitik

Das Ziel, Produkte und Dienstleistungen hinsichtlich aller ihrer umweltrelevanten Wirkungen entlang des gesamten Lebenszyklus zu verbessern, soll in Kooperation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durch partnerschaftliches Zusammenwirken umgesetzt werden. Der Staat wird sich an Pilotprojekten beteiligen, die diesem Ziel dienen.

2.15 Privatisierung

Die mit Aufgaben der Abfallwirtschaft befassten staatlichen Stellen beraten die entsorgungspflichtigen Körperschaften über die Möglichkeiten einer verstärkten Privatisierung von Dienstleistungen

in der Abfallwirtschaft, soweit diese zulässig ist und die abfallwirtschaftlichen Ziele hierdurch mindestens ebenso gut erfüllt werden können.

III Fachliche Ziele für Siedlungsabfälle und Gewerbeabfälle sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung

1 Fachliche Ziele für Siedlungsabfälle und Gewerbeabfälle

1.1 Abfallvermeidung

Erzeugnisse sollen so hergestellt werden, dass sie mehrfach verwendbar, technisch langlebig und nach Gebrauch zur ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung geeignet sind. Sie sollen im Handel vermehrt angeboten und vom Verbraucher verstärkt genutzt werden.

Mehrwegverpackungen und vergleichbare ökologisch vorteilhafte Verpackungen sollen bevorzugt eingesetzt werden.

Die Eigenkompostierung soll soweit möglich aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften sollen die vielfältigen Aktivitäten auf dem Gebiet der Abfallvermeidung (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Beschaffungswesen, Satzungsregelungen und Abfallbörsen) konsequent weiterverfolgen und soweit möglich noch verstärken.

1.2 Abfallverwertung

1.2.1 Übergreifende Ziele

1.2.1.1 Grundsätze

Erzeugnisse sollen so gestaltet werden, dass sie am Ende ihres Gebrauchs ordnungsgemäß und schadlos sowie möglichst hochwertig verwertbar sind.

Die im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen sollen von den entsorgungspflichtigen Körperschaften, soweit nicht besondere gesetzliche Verpflichtungen für Industrie, Gewerbe und Handel bestehen, mit geeigneten Systemen (Art. 4 Abs. 1 BayAbfG) getrennt erfasst und einer möglichst umfassenden Verwertung zugeführt werden. Ziel ist, die Abfallverwertung durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften weiterhin auf hohem Niveau zu halten und soweit zweckmäßig noch zu steigern.

Zu bevorzugen ist die Sammlung von Monofraktionen oder, soweit dies nicht möglich ist, die Sammlung weitgehend gleichartiger, leicht trennbarer Wertstofffraktionen.

Problemabfälle sollen so erfaßt werden, dass sie ordnungsgemäß und schadlos verwertet, oder, soweit dies nicht möglich ist, gemeinwohlverträglich beseitigt werden können.

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften sollen private Maßnahmen der Abfallvermeidung, der Schadstoffminimierung und der Verwertung außerhalb der kommunalen Abfallwirtschaft unterstützen (Art. 24 BayAbfG).

Eine Verwertungsquote bei Hausmüll landesweit von 73 % wird angestrebt. Jede entsorgungspflichtige Körperschaft soll mindestens eine Verwertungsquote von 65 % erreichen.

1.2.1.2 Stoffliche, energetische Verwertung

Die stoffliche Verwertung hat dann Vorrang vor der energetischen Verwertung, wenn sie die besser umweltverträgliche Verwertungsart (§ 6 KrW-/AbfG) ist.

Abfälle aus nachwachsenden Rohstoffen können auch dann energetisch verwertet werden, wenn der vorgegebene Mindestheizwert unterschritten wird (§ 6 Abs. 2 Satz 2 KrW-/AbfG).

Die energetische Verwertung heizwertreicher Abfälle oder Abfallfraktionen in Feuerungsanlagen außerhalb der Müllverbrennungsanlagen muß den immissionsschutzrechtlichen Vorgaben der 17. BImSchV genügen.

1.2.2 Verwertung von Siedlungs- und Gewerbeabfällen nach Abfallarten

1.2.2.1 Glas, Papier, Metalle und Kunststoffe

Für Glas, Papier, Metalle und Kunststoffe ist eine möglichst hochwertige stoffliche Verwertung anzustreben.

1.2.2.2 Verpackungen

Verpackungen sind in erster Linie zu vermeiden; im Übrigen wird der Wiederverwendung von Verpackungen, der stofflichen Verwertung sowie den anderen Formen der Verwertung Vorrang vor der Beseitigung von Verpackungsabfällen eingeräumt. Gemäß den bestehenden bundesrechtlichen Regelungen sollen von den gesamten Verpackungsabfällen 65 Masseprozent verwertet werden. Innerhalb dieses Verwertungszieles sollen 45 Masseprozent des Verpackungsmaterials stofflich verwertet werden.

1.2.2.3 Organische Abfälle

Bioabfälle aus Haushalten und Gewerbe sowie Grüngut aus Land- und Forstwirtschaft sollen weiterhin einer eigenständigen und umweltgerechten Verwertung zugeführt werden.

Die landwirtschaftliche Verwertung der Bioabfälle soll unter der Voraussetzung, dass dem vorsorgenden Verbraucher-, Boden- und Gewässerschutz Rechnung getragen ist, gestärkt werden.

Um eine ordnungsgemäße und schadlose stoffliche Verwertung zu gewährleisten, sollen in kommunalen Sammelsystemen möglichst nur Bioabfälle pflanzlichen Ursprungs erfasst werden.

Die zielgerichtete Entsorgung der Bioabfälle tierischen Ursprungs, die ausnahmsweise nicht nach den Vorgaben des Tierkörperbeseitigungsrechts beseitigt werden, soll so erfolgen, dass eine energiesparende und hygienisch unbedenkliche stoffliche Verwertung gewährleistet ist.

1.2.2.4 Klärschlamm

Anthropogene Schadstoffeinträge in die Umwelt sollen minimiert werden. Sie dürfen die ökologische Stabilität und die langfristige Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlich, landschaftsbaulich und gärtnerisch genutzten Flächen sowie die gesundheitliche Sicherheit von Nahrungs- und Futtermitteln, die unter deren Nutzung produziert worden sind, nicht gefährden.

Der bisher erreichte ökologische Stand bei der Entsorgung von Klärschlämmen soll weiter gesteigert werden. Dazu soll die landwirtschaftliche, landschaftsbauliche und gärtnerische Verwertung von Klärschlämmen aus Vorsorgegründen mittelfristig beendet werden.

Die neue Strategie der Klärschlammentsorgung soll

- dem Vorsorgegedanken Rechnung tragen,
- ökologisch vorteilhaft sein,
- zur weitgehenden Schadstoffentfrachtung und Schadstoffzerstörung führen und
- ermöglichen, durch geeignete neue Techniken wesentliche Nährstoffinhalte vor einer Beseitigung zurück zu gewinnen und einem Verwertungskreislauf zuzuführen.

Für die erforderliche Übergangszeit bis zum Wirksamwerden des angestrebten Verzichts soll die Qualität des Klärschlammes durch Verringerung des Schadstoffgehalts, insbesondere des Gehalts der organischen Schadstoffe über die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 7 a WHG in Verbindung mit Art. 41 c BayWG hinaus auf freiwilliger Basis weiter verbessert werden.

1.2.2.5 Altholz

Ziel ist, die stoffliche oder energetische Verwertung nicht vermeidbarer Holzabfälle zu verstärken. Vorrang hat die besser umweltverträgliche Verwertungsart (§ 6 Abs. 1 Satz 1 KrW-/AbfG). Ungeeignete Holzabfälle sollen aus dem Verwertungskreislauf ausgeschleust werden.

1.2.2.6 Bauabfälle

Ziel ist, die Entsorgung der Bauabfälle vornehmlich privat- und marktwirtschaftlich zu organisieren und umzusetzen.

Ein bestmöglicher Rückfluss der Abfälle zur Verwertung in den Wirtschaftskreislauf soll gewährleistet werden. Zum Schutz des Grundwassers sollen Bauabfälle künftig grundsätzlich nicht mehr zur Wiederverfüllung von Abbaustellen im Grundwasser (Nassauskiesungen) eingesetzt werden. Für unbelasteten Bodenaushub bestehen besondere Ausnahmeregelungen. Die Akzeptanz für Recycling-Baustoffe aus aufbereitetem Bauschutt soll gefördert werden.

1.2.2.7 Elektroaltgeräte

Ziel ist, für die Elektroaltgeräte (Elektro- und Elektronikaltgeräte) Rahmenbedingungen festzulegen, die eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung und gemeinwohlverträgliche Beseitigung gewährleisten.

1.2.2.8 Altbatterien

Der Eintrag von Schadstoffen in Abfälle durch Altbatterien soll verringert werden. Langlebige, mehrfach verwendbare Batterien sollen verstärkt eingesetzt werden.

1.2.2.9 Altautos

Altautos müssen umweltverträglich vorbehandelt, ordnungsgemäß und schadlos verwertet und die Restabfälle gemeinwohlverträglich beseitigt werden (§ 4 Abs. 1 der Verordnung über die Überlassung und umweltverträgliche Entsorgung von Altautos (Altauto-Verordnung) vom 4. Juli 1997 (BGBl I S. 1666) in der jeweils geltenden Fassung).

1.3 Abfallbehandlung

- 1.3.1 Ziel ist, den gesamten in Bayern anfallenden behandelbaren Restabfall ehestmöglich thermisch zu behandeln.
- 1.3.2 Eine gemeinwohlverträgliche, wirkungsvolle, energieoptimierte und wirtschaftliche Betriebsweise der Behandlungsanlagen soll sichergestellt werden, ohne die Entsorgungssicherheit und Entsorgungsautarkie im Planungszeitraum zu gefährden.
- 1.3.3 In thermischen Abfallbehandlungsanlagen können Abfälle energetisch verwertet werden, wenn dies vorschriftsgemäß erfolgt und den abfallwirtschaftlichen Zielen entspricht.

- 1.3.4 Zur besseren Nutzung temporär vorhandener Restkapazitäten in der thermischen Behandlung wird eine verstärkte Kooperation mit anderen Bundesländern und Nachbarstaaten angestrebt.
- 1.3.5 Filterstäube und Reaktionsprodukte aus der Abgasreinigung thermischer Behandlungsanlagen sollen nach Menge und Schadstoffgehalt weitgehend minimiert werden. Die Aufkonzentrierung der auszuschleusenden Schadstoffe soll angestrebt werden.
- 1.3.6 Durch verfahrenstechnische Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass soviel Schlacke wie möglich verwertet werden kann.
- 1.3.7 Für Schlacke sollen die bestehenden Verwertungs- und Beseitigungswege beibehalten werden. Für Abgasreinigungsrückstände kann, soweit eine Verwertung nicht möglich ist, ggf. nach einer Vorbehandlung dieser Rückstände eine Ablagerungsmöglichkeit auf einer dem Stand der Technik entsprechenden Deponie genutzt werden.
- 1.3.8 Bei den Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes ist eine Entsorgung zu gewährleisten, die den ökologischen, infektionspräventiven und ethischen Belangen gerecht wird.

1.4 Abfallablagerung

- 1.4.1 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben - auch im Weg der kommunalen Zusammenarbeit - gemäß Art. 4 Abs. 3 BayAbfG sicherzustellen, dass mindestens für sechs Jahre eine Deponie zur Abfallablagerung zur Verfügung steht. Ziel ist, ehestmöglich, spätestens ab dem 1. Juni 2005, keinen behandlungsbedürftigen Restabfall unbehandelt abzulagern.
- 1.4.2 Neben der Einhaltung und Weiterentwicklung der hohen Umweltstandards sollen durch neue Technologien und Strategien sowie durch Kostenoptimierungen technischer Maßnahmen Kostensenkungen erreicht werden, ohne dass Einbußen an bestehenden Umweltstandards hingenommen werden müssen.

- 1.4.3 Um eine möglichst optimale ökologische und ökonomische Nutzung der Deponiekapazitäten zu gewährleisten, sollen die in Betrieb befindlichen Deponien möglichst gemeinsam genutzt werden. Im Planungszeitraum ist ein Neubau und ein Ausbau verfügbarer Deponieabschnitte möglichst zu vermeiden. Bei der gemeinsamen Nutzung der Deponien sollen die regionalen Erfordernisse der Entsorgungssicherheit, der Umweltverträglichkeit, vertretbarer Entsorgungsentfernungen und die unterschiedliche Kostensituation der Deponien zwischen den Kommunen berücksichtigt werden.

2 Maßnahmen zur Umsetzung der fachlichen Ziele für Siedlungs- und Gewerbeabfälle

2.1 Abfallvermeidung

- 2.1.1 Durch geeignete wirtschaftliche Instrumente soll auf ein nachhaltiges, möglichst abfallarmes Wirtschaften der Beteiligten hingewirkt werden.
- 2.1.2 Durch Kooperation mit den Beteiligten, insbesondere durch freiwillige Selbstverpflichtungen, sollen die Abfallvermeidungspotenziale verstärkt ausgeschöpft werden.
- 2.1.3 Um begrenzte Ressourcen zu schonen, unterstützen Staat und entsorgungspflichtige Körperschaften den sinnvollen Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen.
- 2.1.4 Die zuständigen staatlichen Stellen unterstützen eine Standardisierung und Normung von Mehrwegsystemen.
- 2.1.5 Die Kommunen sollen in ihren Satzungen finanzielle Anreize für abfallarmes Verhalten der Abfallerzeuger und -besitzer verstärken.
- 2.1.6 Die Kennzeichnung umweltfreundlicher, abfallarmer Produkte, wie das Umweltzeichen „Blauer Engel“, soll ausgebaut werden.
- 2.1.7 Die zuständigen Behörden wirken bei der Anlagenzulassung auf eine effektive Abfallvermeidung hin.

- 2.1.8 Die mit Aufgaben der Abfallwirtschaft befassten staatlichen Stellen unterstützen entsorgungspflichtige Körperschaften, Hersteller und Handel bei Informationsveranstaltungen, mit denen ein abfallarmes Wirtschaften erreicht werden soll.

2.2 Abfallverwertung

2.2.1 Übergreifende Maßnahmen

Die vielfältigen kommunalen Einrichtungen für die Erfassung und Verwertung von Siedlungsabfällen sollen erhalten und, soweit abfallwirtschaftlich sinnvoll, weiter ausgebaut werden.

Problemabfälle sollen in stationären Sammelstellen oder durch mobile Sammlungen oder durch eine Kombination beider Maßnahmen mit einem für die Haushalte angemessenen Annahmeturnus und in einer zumutbaren räumlichen Annahmedichte erfasst werden. Annahme und Vorsortierung der Problemabfälle haben durch fachkundiges Personal zu erfolgen.

2.2.2 Verwertung von Siedlungs- und Gewerbeabfällen nach Abfallarten

2.2.2.1 Glas, Papier, Metalle und Kunststoffe

Erfassungssysteme (Bring- und Holsysteme) und die nachfolgenden Verfahrensschritte (Sortier-, Aufbereitungs- und Verwertungssysteme) sind entsprechend dem Stand der Technik fortzuentwickeln.

Bei der Erfassung und Verwertung grafischer Papiere und Kartonagen aus Haushalten sollen die bisherigen Maßnahmen der entsorgungspflichtigen Körperschaften, insbesondere die Sammlung über Holsysteme (Altpapiertonnen, Bündelsammlungen, Altpapiersack) und Bringsysteme (Containerinseln, Wertstoffhöfe) weiterhin aufrechterhalten, ausgebaut und soweit möglich im Zusammenwirken mit Rohstoffwirtschaft und Papierindustrie qualitativ verbessert werden.

Bei Rücknahme einzelner Abfälle zur Verwertung durch die Wirtschaft im Rahmen ihrer Produktverantwortung sollen soweit möglich die vorhandenen Erfassungssysteme der öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger berücksichtigt werden.

2.2.2.2 Verpackungen

Hersteller und Vertreiber haben gemäß der Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung) vom 21. August 1998 (BGBl I S. 2379) in der jeweils geltenden Fassung gebrauchte Verpackungen außerhalb der kommunalen Abfallentsorgung zurückzunehmen, zu sortieren und zu verwerten. Diese Pflicht umfaßt Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen.

2.2.2.3 Organische Abfälle

Die stoffliche Verwertung der Bioabfälle soll nur vorgenommen werden, wenn die gewonnenen Komposte oder Vergärungsrückstände hinsichtlich Hygiene und Schadstoffgehalt hohen Qualitätsanforderungen entsprechen und ihre Vermarktung oder sonstige Nutzung gesichert ist. Insbesondere sollen die in der Bioabfallverordnung vom 21. September 1998 (BGBl I S. 2955) in der jeweils geltenden Fassung genannten Schadstoffhöchstwerte soweit wie möglich unterschritten werden.

Es soll sichergestellt werden, dass

- durch die kommunalen Sammelsysteme möglichst nur Bioabfälle pflanzlichen Ursprungs erfasst werden
- kleinere Mengen von Bioabfällen tierischen Ursprungs aus Haushalten möglichst über die Restmüllfassung entsorgt werden.

2.2.2.4 Klärschlamm

Die neue Strategie der Klärschlammentsorgung soll in einem Stufenkonzept mittelfristig umgesetzt werden. Angestrebt werden insbesondere

- eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen
- die Nutzung der verfügbaren Kapazitäten und der Ausbau der Kapazitäten bei Kraftwerken, Müllverbrennungsanlagen und bestehenden Monoverbrennungsanlagen

- die Errichtung von ein oder zwei weiteren Monoverbrennungsanlagen
- die Entwicklung und Umsetzung von Demonstrationsvorhaben und alternativen Verwertungs- und Behandlungsverfahren

Durch geeignete Information und Beratung der Landwirte und Kläranlagenbetreiber sollen der Ausstieg aus der bisherigen Praxis und die Einführung der neuen Strategie der Klärschlamm Entsorgung erleichtert werden. Dabei soll auch auf eine kommunale Zusammenarbeit bei der Klärschlamm Entsorgung hingewirkt werden.

Die neue Strategie soll durch gezielte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben unterstützt werden, um Möglichkeiten, insbesondere der Klärschlammvermeidung und von Effektivitätssteigerungen auszuschöpfen.

2.2.2.5 Altholz

Der Entsorgungsweg für Holzabfälle wird anhand noch von der Bundesregierung festzulegender Qualitätsmerkmale bestimmt.

2.2.2.6 Bauabfälle

Bauabfälle sollen bereits an der Anfallstelle getrennt erfasst werden (gezielter Rückbau) und soweit möglich verwertet werden.

Die Information der Beteiligten über die Bauabfallentsorgung, die Aufklärung über die Eignung von Recycling-Baustoffen und ihre Einsatzmöglichkeiten sollen verstärkt werden.

Die Bauwirtschaft hat im Umweltpakt Bayern zugesagt, insbesondere auf eine weitere Steigerung der Verwertungsquoten bei Bauabfällen hinzuwirken.

2.2.2.7 Elektroaltgeräte

Die Endverbraucher haben Elektroaltgeräte (Elektro- und Elektronikaltgeräte), soweit Hersteller oder Vertreiber sie nicht zurücknehmen, den entsorgungspflichtigen Körperschaften gemäß den Regelungen in § 13 KrW-/AbfG zu überlassen.

Die an der Herstellung, dem Vertrieb und der Entsorgung von Elektrogeräten beteiligten Wirtschaftszweige und die entsorgungspflichtigen Körperschaften sind gehalten, eine flächendeckende Infrastruktur zur Annahme und Verwertung von Elektroaltgeräten vorzuhalten (§ 22 Abs. 2 Nr. 5 KrW-/AbfG; § 24 Abs. 2 Nr. 4, § 13 Abs. 3 Nr. 1 KrW-/AbfG).

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften sollen die Erfassungssysteme, vor allem die Wertstoffhöfe, für diese Abfälle zur Verfügung stellen.

Bei der Entsorgung von Elektroaltgeräten ist auf Schadstoffentfrachtung zu achten und wegen des Wertstoffpotenzials in Elektroaltgeräten eine technisch und ökologisch hochwertige Verwertung vorzunehmen.

2.2.2.8 Altbatterien

Altbatterien sind nach Maßgabe der Verordnung über die Rücknahme und Entsorgung gebrauchter Batterien und Akkumulatoren (Batterieverordnung) vom 27. März 1998 (BGBl I S. 658) in der jeweils geltenden Fassung flächendeckend durch die Vertreiber zu erfassen, von den Herstellern unentgeltlich zurückzunehmen und ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen. Auch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind verpflichtet, Altbatterien unentgeltlich anzunehmen.

2.2.2.9 Altautos

Altautos sind nach Maßgabe der Verordnung über die Überlassung und umweltverträgliche Entsorgung von Altautos (Altauto-Verordnung) vom 4. Juli 1997 (BGBl I S. 1666) in der jeweils geltenden Fassung einer anerkannten Annahmestelle oder einem anerkannten Verwertungsbetrieb zu überlassen.

Betreiber der Annahmestellen, der Verwertungsbetriebe und der Shredderanlagen haben Altautos und Restkarossen entsprechend den Vorgaben der Altauto-Verordnung zu entsorgen.

2.3 Abfallbehandlung

- 2.3.1 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben die erforderlichen thermischen Behandlungsanlagen zur Deckung des Entsorgungsbedarfs - unter Berücksichtigung der kommunalen Zusammenarbeit - verfügbar zu halten (Art. 4 Abs. 2 BayAbfG).

Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben die anfallenden behandelbaren Abfälle zur Beseitigung, soweit noch nicht erfolgt, den thermischen Behandlungsanlagen zumindest stufenweise, spätestens aber bis 1. Juni 2005, ordnungsgemäß zuzuführen.

Auch während der Anlagenausfallzeiten muß sichergestellt sein, dass dadurch keine Abfälle unbehandelt abgelagert werden. Die Abnahme der Abfälle ist mit dem jeweiligen Anlagenbetreiber vertraglich abzusichern; langfristige Verträge sind anzustreben.

Im Interesse einer wirtschaftlichen Auslastung der Anlagen können die vorhandenen Kapazitäten durch Aufnahme bisher noch nicht entsorgter Gebietskörperschaften auch aus anderen Bundesländern und Nachbarstaaten nach Maßgabe der abfallrechtlichen Regelungen genutzt werden. Entsorgungssicherheit und Entsorgungsautarkie in Bayern dürfen nicht beeinträchtigt werden. Auf kurze Transportwege ist zu achten.

Die öffentlich zugänglichen thermischen Behandlungsanlagen mit Einzugsbereichen sind im Anhang 2 dargestellt.

Für die Ausweisung geeigneter Flächen für zusätzliche thermische Behandlungsanlagen besteht im Planungszeitraum kein Bedarf.

- 2.3.2 Abfälle aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes

Abfälle aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes, wie

- Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle, die nicht bei der unmittelbaren gesundheitsdienstlichen Tätigkeit anfallen (z.B. Zeitschriften, Papier-, Kunststoff- und Glasabfälle),
- hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (z.B. Verpackungsmaterial und Kartonagen),

- Küchen- und Kantinenabfälle,

können wie Hausmüll entsorgt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen (Tierkörperbeseitigungsgesetz) vom 2. September 1975 (BGBl I S. 2313, ber. S. 2610) in der jeweils geltenden Fassung bezüglich der tierischen Erzeugnisse (Speisereste) bleiben unberührt.

Abfälle, die bei der gesundheitsdienstlichen Tätigkeit anfallen - ausgenommen Körperteile und Organabfälle - und nicht besonders überwachungsbedürftig sind, sind aus Gründen der Infektionsprävention innerhalb der Einrichtungen des Gesundheitsdienstes getrennt zu sammeln und zu lagern, können aber anschließend gemeinsam mit Hausmüll entsorgt werden.

Infektiöse oder ansteckungsgefährliche Abfälle dürfen nur dann gemeinsam mit Hausmüll beseitigt werden, wenn sie innerhalb der Einrichtungen des Gesundheitsdienstes ordnungsgemäß desinfiziert worden sind. Soweit Einrichtungen des Gesundheitsdienstes nicht über eigene Desinfektionsanlagen verfügen, sind diese Abfälle dem Träger der Sonderabfallbeseitigung in Bayern zuzuführen, da es sich um besonders überwachungsbedürftige Abfälle handelt.

Abfälle wie Körperteile und Organabfälle sind aus ethischen Gründen nur in Abfallverbrennungsanlagen, die für Abfälle aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes zugelassen sind, zu verbrennen. Das Bestattungsrecht bleibt unberührt.

2.4 Abfallablagerung

- 2.4.1 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben die erforderlichen Deponien zur Deckung des Entsorgungsbedarfs - unter Berücksichtigung der kommunalen Zusammenarbeit - verfügbar zu halten (Art. 4 Abs. 2 BayAbfG).

- 2.4.2 Die erforderlichen Deponien sind so zu betreiben, dass sie den abfallwirtschaftlichen Zielen und den Anforderungen an die Ablagerung genügen. Insbesondere darf das Gemeinwohl durch die Ablagerung nicht beeinträchtigt werden (Art. 1 Abs. 2 BayAbfG).
- 2.4.3 Vor dem Ausbau und der Inbetriebnahme der Deponie soll eine Beratung durch die Regierung erfolgen.
- 2.4.4 Bei bestehenden Hausmülldeponien und sonstigen Deponien mit nennenswerten Anteilen an Organik soll anfallendes Deponiegas gefasst und verwertet werden.
- 2.4.5 Die gemeinwohlverträgliche Ablagerung ist durch geeignete Nachsorgemaßnahmen, insbesondere durch die Minimierung und Reinigung des Sickerwassers, die Fassung, Behandlung und Verwertung des Deponiegases sowie die Rekultivierung der Anlage nachhaltig sicherzustellen. Dies ist durch Betriebsaufzeichnungen nachzuweisen.
- 2.4.6 Deponien dürfen erst aus der Nachsorge entlassen werden, wenn eine Beeinträchtigung des Gemeinwohls nicht mehr zu besorgen ist.
- 2.4.7 Die öffentlich zugänglichen Deponien sind im Anhang 3 dargestellt.

Für die zusätzliche Ausweisung geeigneter Flächen für Deponien besteht im Planungszeitraum nach derzeitiger Einschätzung kein Bedarf.

2.5 Abfallwirtschaftskonzepte

- 2.5.1 Die entsorgungspflichtigen Körperschaften haben nach Maßgabe des Art. 13 BayAbfG Abfallwirtschaftskonzepte zu erstellen. Die abfallwirtschaftlichen Ziele dieses Abfallwirtschaftsplans und die Maßnahmen zur Umsetzung sind zu berücksichtigen und so aufeinander abzustimmen, dass die Entsorgungssicherheit und ein Höchstmaß an Gemeinwohlverträglichkeit gewährleistet werden.

- 2.5.2 Die Abfallwirtschaftskonzepte haben, ausgehend von einer Mindestausstattung mit Entsorgungseinrichtungen und Anlagen gemäß Art. 4 BayAbfG, den jeweiligen örtlichen Bedarf an Entsorgungsanlagen und -kapazitäten unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen zur Abfallvermeidung, -verwertung und -beseitigung darzustellen. Dazu gehört auch die Bauabfallentsorgung.
- 2.5.3 Die Abfallwirtschaftskonzepte sind an den Abfallwirtschaftsplan anzupassen und alle fünf Jahre oder bei wesentlichen Änderungen fortzuschreiben (Art. 13 Abs. 2 Satz 2 BayAbfG). Die Fortschreibung hat insbesondere dann zu erfolgen, wenn
- eine bedeutende Abfallentsorgungsanlage neu errichtet, betrieben oder stillgelegt werden soll,
 - sich der Stand der Technik hinsichtlich der Abfallerfassung, Abfallverwertung oder Abfallbehandlung wesentlich weiterentwickelt hat,
 - sich die Abfallmenge oder die Abfallzusammensetzung wesentlich geändert haben.
- 2.5.4 Wirken die entsorgungspflichtigen Körperschaften im Wege der kommunalen Zusammenarbeit zusammen, bleibt die Verpflichtung zur Aufstellung und Umsetzung der Abfallwirtschaftskonzepte unberührt, es sei denn, einem Zweckverband oder einem sonstigen kommunalen Zusammenschluss werden alle Aufgaben der Abfallentsorgung übertragen. In diesem Fall gelten die Vorschriften für den Zweckverband oder den neuen Aufgabenträger entsprechend.

IV Fachliche Ziele für Sonderabfälle gem. Art. 10 Abs. 1 BayAbfG und gesondert zu entsorgende Abfälle sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung

1 Fachliche Ziele für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle

1.1 Vermeidung und Verwertung von Abfällen

- 1.1.1 Die in Abschnitt II Nrn. 1.1 und 1.2 festgelegten übergeordneten abfallwirtschaftlichen Ziele gelten nach Maßgabe der nachstehenden Regelungen auch für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle (Anhang 1).
- 1.1.2 Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle sollen möglichst vermieden werden.
- 1.1.3 Die Verwertung der Sonderabfälle und gesondert zu entsorgenden Abfälle hat ordnungsgemäß und schadlos zu erfolgen. Die Pflicht zur Verwertung dieser Abfälle ist einzuhalten, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist, insbesondere für einen gewonnenen Stoff oder gewonnene Energie ein Markt vorhanden ist oder geschaffen werden kann. Die Verwertung von Abfällen ist auch dann technisch möglich, wenn hierzu eine Vorbehandlung erforderlich ist (§ 5 Abs. 4 Satz 2 KrW-/AbfG). Soweit es zur Durchführung einer schadlosen und ordnungsgemäßen Abfallverwertung erforderlich ist, sollen diese Abfälle getrennt gehalten werden.

1.2 Abfallbeseitigung

- 1.2.1 Die nicht vermeidbaren oder nicht ordnungsgemäß und schadlos verwertbaren Sonderabfälle oder gesondert zu entsorgenden Abfälle sind in zugelassenen Sonderabfallbeseitigungsanlagen zu beseitigen.

Das hohe umwelt- und sicherheitstechnische Niveau der Anlagen zur Beseitigung der Sonderabfälle und gesondert zu entsorgenden Abfälle ist aufrecht zu erhalten. Auch die Verwertungsanlagen haben den hohen umwelttechnischen Standards der Beseitigungsanlagen zu entsprechen.

- 1.2.2 Ziel ist, die bewährte Struktur und Organisation der Sonderabfallbeseitigung grundsätzlich aufrecht zu erhalten und in den Bereichen fortzuentwickeln, in denen die Belange des Gemeinwohls, die Qualität des Wirtschaftsstandorts Bayern und die Kosteneffizienz es erfordern.

- 1.2.3 Überwachung

Die Überwachung von Sonderabfällen und gesondert zu entsorgenden Abfällen soll möglichst weitgehend nach dem privilegierten Verfahren gemäß der Verordnung über Verwertungs- und Beseitigungsnachweise (Nachweisverordnung) vom 10. September 1996 (BGBl I S. 1382, ber. 1997 S. 2860) in der jeweils geltenden Fassung gestaltet und damit noch effektiver werden.

2 Maßnahmen zur Umsetzung der fachlichen Ziele für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle

2.1 Allgemeine Maßnahmen

Die Maßnahmen zur Umsetzung der übergeordneten Ziele in Abschnitt II Nr. 2 gelten auch für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle, soweit in diesem Abschnitt nicht besondere Regelungen bestehen.

Die Möglichkeiten der Beratung und der Öffentlichkeitsarbeit sollen auch künftig wahrgenommen werden, um die unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten vorteilhaften Möglichkeiten der Schadstoffminimierung auszuschöpfen. Auf die Getrennthaltung der Sonderabfälle und der gesondert zu entsorgenden Abfälle von anderen Abfällen ist besonders zu achten.

2.2 Träger der Sonderabfallentsorgung

Träger der Sonderabfallentsorgung in Bayern (Art. 10 Abs. 1 BayAbfG) ist die

- GSB-Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB).

Der Träger der Sonderabfallentsorgung ist nach Maßgabe der Überlassungspflicht in Abschnitt IV Nr. 2.4.1 auch für die Beseitigung der gesondert zu entsorgenden Abfälle zuständig.

2.3 Entsorgungssicherheit, Entsorgungsautarkie

- 2.3.1 Die GSB hat regionale Sammelstellen zur dezentralen Erfassung von Sonderabfällen zu errichten (Art. 10 Abs. 2 BayAbfG) und zu betreiben.

Sie kann Transporte für Sonderabfälle anbieten oder vermitteln.

- 2.3.2 Die GSB hat nach Maßgabe der Regelungen zur Überlassungspflicht in Abschnitt III Nr. 2.4 die erforderlichen Beseitigungsanlagen (Ausnahme: Untertagedeponie) zur Deckung des bayeri-

schen Entsorgungsbedarfs zu errichten und zu betreiben. Zur umweltverträglichen Beseitigung der in Bayern anfallenden Sonderabfälle und gesondert zu entsorgenden Abfälle sind bedarfsgerechte chemisch-physikalische Behandlungsanlagen (CPB), thermische Behandlungsanlagen (SAV) und spezielle Deponien (Sonderabfalldeponie-SAD) verfügbar zu halten. Für die Ablagerung gelten die Maßnahmen in Abschnitt III Nrn. 2.4.1 bis 2.4.4, 2.4.7 und 2.4.8 entsprechend. Soweit in den Anlagen freie Kapazitäten zur Verfügung stehen, können auch Sonderabfälle oder gesondert zu entsorgende Abfälle von außerhalb Bayerns angenommen werden. Die geordnete Sonderabfallentsorgung in Bayern darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

- 2.3.3 Die zugelassenen Beseitigungsanlagen der GSB für Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle sind im Anhang 4 dargestellt. Ergänzt werden diese Anlagen durch betriebseigene Anlagen der Industrie für deren Eigenbedarf.

In den Anlagen der GSB können Sonderabfälle und gesondert zu entsorgende Abfälle auch verwertet werden, wenn die einschlägigen Bedingungen für eine Verwertung erfüllt sind, d. h. eine Verwertung grundsätzlich auch in Anlagen, die keine Abfallbeseitigungsanlagen sind, stattfinden könnte.

- 2.3.4 Die Verbringung von Sonderabfällen oder gesondert zu entsorgenden Abfällen zur Beseitigung in andere Länder Deutschlands oder in Staaten außerhalb Deutschlands ist nur dann zulässig, wenn innerhalb Bayerns keine oder nicht zumutbare Entsorgungsmöglichkeiten bestehen.
- 2.3.5 Für die zusätzliche Ausweisung geeigneter Flächen für Sonderabfalldeponien oder sonstiger Sonderabfall-Entsorgungsanlagen besteht nach derzeitiger Einschätzung im Planungszeitraum kein Bedarf.

2.4 Überlassungspflicht

- 2.4.1 Umfang, Art und Weise

Sonderabfälle sind der GSB zu überlassen (Art. 10 Abs. 1 BayAbfG).

Die Überlassungspflicht gilt auch für gesondert zu entsorgende Abfälle. Körperteile und Organabfälle aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes (EAK-Abfallschlüssel 18 01 02) sind der GSB oder der Abfallverwertung Augsburg (AVA) GmbH (Krankenhausabfallverbrennungsanlage) zu überlassen.

2.4.2 Ausnahmen

Die Überlassungspflicht an die GSB gilt nicht für Abfälle,

- die in betriebseigenen zugelassenen Sonderabfall-Beseitigungsanlagen entsorgt werden können,
- die aufgrund ihres Schadstoffpotenzials in Untertagedeponien gemeinwohlverträglich beseitigt werden müssen,
- für die die Regierung im Einzelfall eine Ausnahme zulässt, weil
 - dies aus Gründen des Gemeinwohls geboten ist oder
 - unter Berücksichtigung der Interessen einer geordneten Sonderabfallentsorgung die Überlassungspflicht nicht zumutbar ist.

2.5 Entwicklung neuer Technologien

Die GSB soll ihre Beseitigungsanlagen für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, die der Fortentwicklung des Stands der Technik dienen, zur Verfügung stellen, sofern dadurch ihre Entsorgungsaufgabe nicht beeinträchtigt wird.

Anhang

Anhang 1 Begriffsbestimmungen

Abfallablagerung

Gemeinwohlverträgliche Ablagerung nicht verwertbarer und nicht weiter zu behandelnder Abfälle

Abfallbehandlung

Veränderung der Beschaffenheit der Abfälle durch thermische, biologische, chemisch-physikalische oder mechanische Verfahren oder durch Kombinationen dieser Verfahren, so dass sie gemeinwohlverträglich verwertet oder abgelagert werden können

Abfallbeseitigung

Behandlung und Ablagerung von nicht weiter der Kreislaufwirtschaft oder einer sonstigen Verwertung zuführbaren Abfällen

Abfallentsorgung

Verwertung und Beseitigung von Abfällen, einschließlich der zugehörigen Behandlung

Abfallvermeidung

Der Abfallentsorgung vorgeschaltete Maßnahmen, die darauf abzielen, den Anfall von Abfällen zu verhindern oder so gering wie möglich zu halten

Abfallverwertung

Gewinnen von Stoffen und Stoffgruppen aus Abfällen und ihre Rückführung in den Stoffkreislauf oder ihre sonstige gemeinwohlverträgliche nutzbringende Verwendung

Altautos

Die in § 2 Abs. 1 der Altauto-Verordnung bestimmten Autos

Bauabfälle

Bauschutt, Baustellenabfälle, Bodenaushub und Straßenaufbruch

Bauschutt

Mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, auch mit geringfügigen Fremdanteilen

Baustellenabfälle

Nichtmineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, auch mit geringfügigen Fremdmaterialien

Beseitigungspflichtige

Beseitigungspflichtige sind die entsorgungspflichtigen Körperschaften, der Träger der Sonderabfallentsorgung sowie die beseitigungspflichtigen Abfallerzeuger und -besitzer

Bioabfälle

Im Siedlungsabfall enthaltene, getrennt gesammelte, biologisch abbaubare nativ und derivativ organische Abfallanteile (z. B. organische Küchenabfälle, Gartenabfälle, auch getrennt gesammelte Kantinenabfälle)

Bodenaushub

Nicht kontaminiertes, natürlich gewachsenes oder bereits verwendetes Erd- oder Felsmaterial

Deponie

Abfallbeseitigungsanlage für die Ablagerung von Abfällen oberhalb der Erdoberfläche (oberirdische Deponie)

Gewerbeabfälle

In Gewerbebetrieben, auch Geschäften, Dienstleistungsbetrieben, öffentlichen Einrichtungen und Industrie anfallende Abfälle

Hausmüll

Abfälle hauptsächlich aus privaten Haushalten, die von den Entsorgungspflichtigen selbst oder von beauftragten Dritten in genormten, im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behältern regelmäßig gesammelt, transportiert und der weiteren Entsorgung zugeführt werden

Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle

In Gewerbetrieben, auch Geschäften, Dienstleistungsbetrieben, öffentlichen Einrichtungen und Industrie anfallende Abfälle, soweit sie nach Art und Menge gemeinsam mit oder wie Hausmüll entsorgt werden können

Klärschlamm

Bei der Behandlung von Abwasser in kommunalen und entsprechenden industriellen Abwasserbehandlungsanlagen einschließlich zugehöriger Anlagen zur weitergehenden Abwasserreinigung anfallender stabilisierter Schlamm auch in entwässert, getrocknet oder in sonstiger Form behandelt

Problemabfälle

Getrennt erfaßte, schadstoffhaltige Abfälle aus Haushalten und haushaltsübliche Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben

Restabfall

Der nach der Abschöpfung von Abfällen zur Verwertung sowie nach der getrennten Erfassung von Problemabfällen aus Haushalten und Gewerbe den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern verbleibende Abfall zur Beseitigung

Schadstoffe

Organische und anorganische Stoffe mit gesundheits- oder umweltgefährdenden Eigenschaften

Schadstoffminimierung

Maßnahmen auf allen Stufen der Produktion von Gütern und der Abfallwirtschaft (Abfallvermeidung, Abfallentsorgung), die dazu dienen, Schadstoffe in Abfällen zu vermeiden oder zu verringern

Siedlungsabfälle

Abfälle aus Haushaltungen sowie andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushaltungen ähnlich sind

Sonderabfall und gesondert zu entsorgender Abfall

Sonderabfall

In der Verordnung zur Bestimmung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen (BestbÜAbfV) vom 10. September 1996 (BGBl I S. 1366) in der jeweils geltenden Fassung genannter besonders überwachungsbedürftiger Abfall zur Beseitigung (§ 3 Abs. 8 KrW-/AbfG), der gemäß Art. 3 Abs. 2 Satz 2 BayAbfG von der kommunalen Entsorgung ausgeschlossen ist (Art. 10 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG)

Gesondert zu entsorgender Abfall

Überwachungsbedürftiger Abfall zur Beseitigung, der auf Grund seiner Art generell in Sonderabfall-Beseitigungsanlagen entsorgt werden muß und deshalb von der Entsorgungspflicht der entsorgungspflichtigen Körperschaften ausgeschlossen ist. Es handelt sich insbesondere um früher besonders überwachungsbedürftige Abfälle, die von der Entsorgung durch die Kommunen ausgeschlossen waren, auf Grund des neuen Europäischen-Abfallkatalogs jedoch nicht mehr als besonders überwachungsbedürftig gelten

Stand der Technik

Stand der Technik im Sinn dieses Abfallwirtschaftsplans ist der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme für eine umweltverträgliche Abfallbeseitigung gesichert erscheinen läßt. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen, die mit Erfolg im Betrieb erprobt worden sind

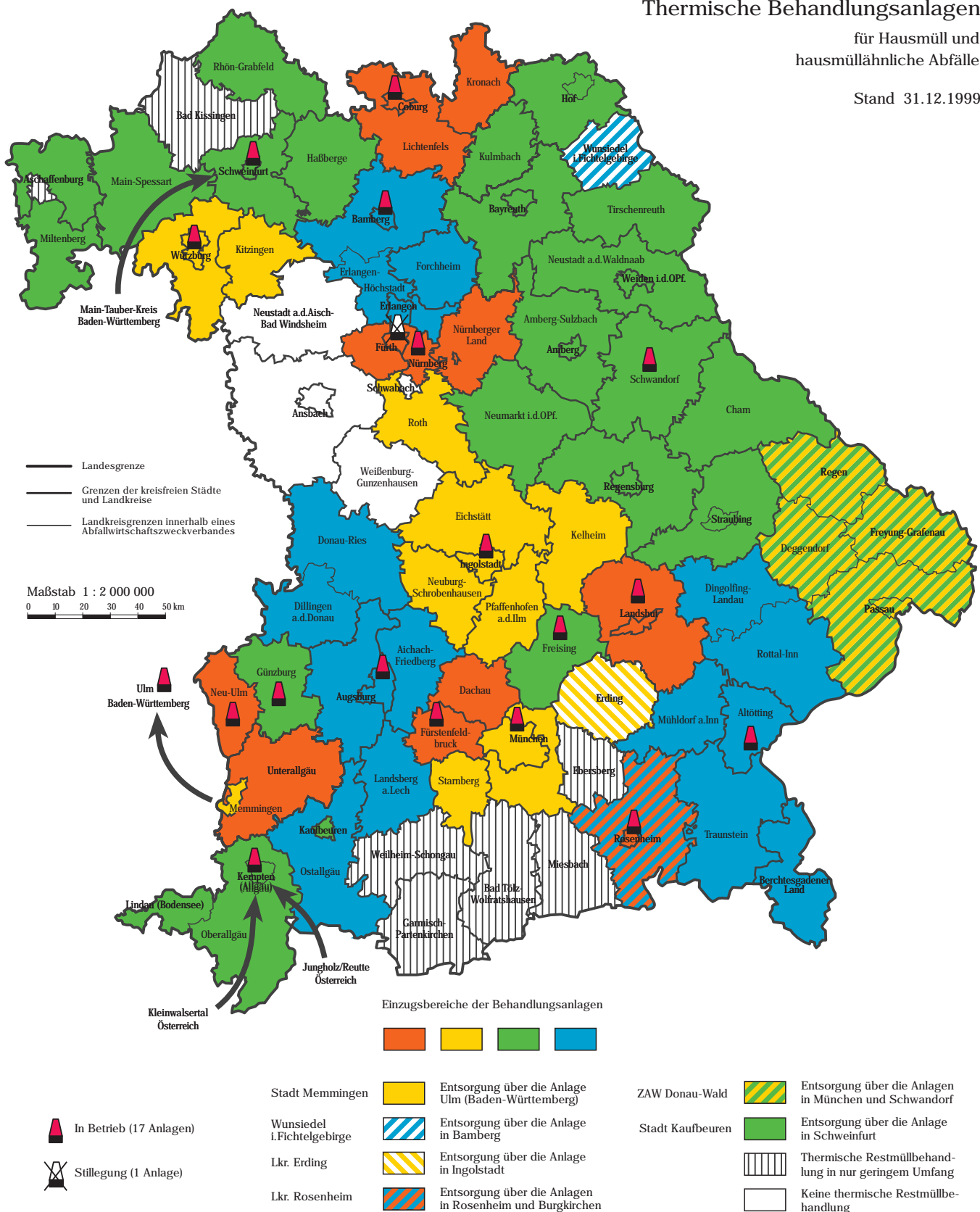
Verwertungsquote

Verwertungsergebnis von Abfällen, die in Privathaushalten und Kleingewerbebetrieben als Hausmüll anfallen: Quotient aus den erfaßten Wertstoffen und dem gesamten Aufkommen aus Wertstoff- und Restabfallmengen (ohne Doppelerfassung von Schlacke und Schrott aus der thermischen Behandlung)

Thermische Behandlungsanlagen

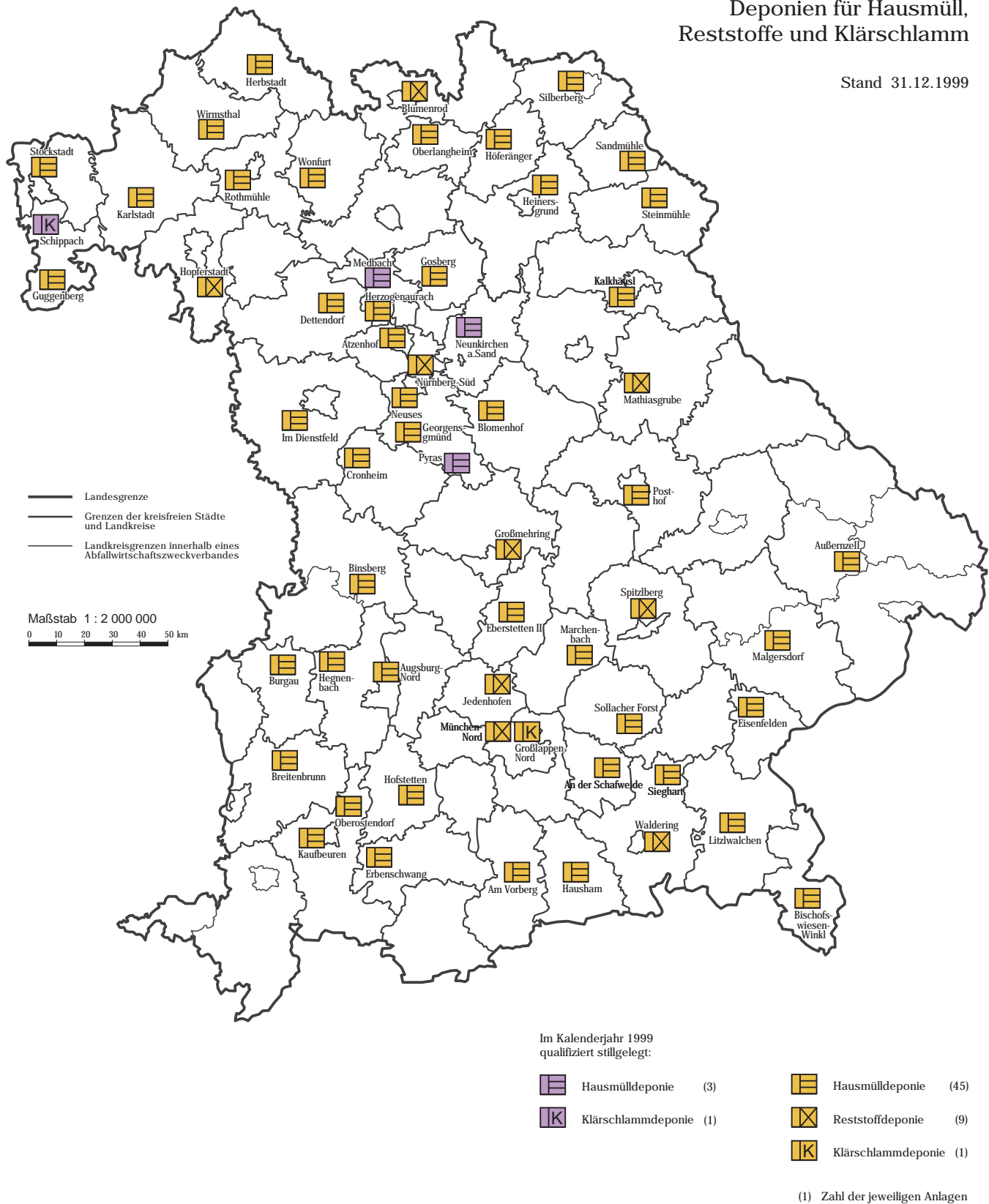
für Hausmüll und
hausmüllähnliche Abfälle

Stand 31.12.1999



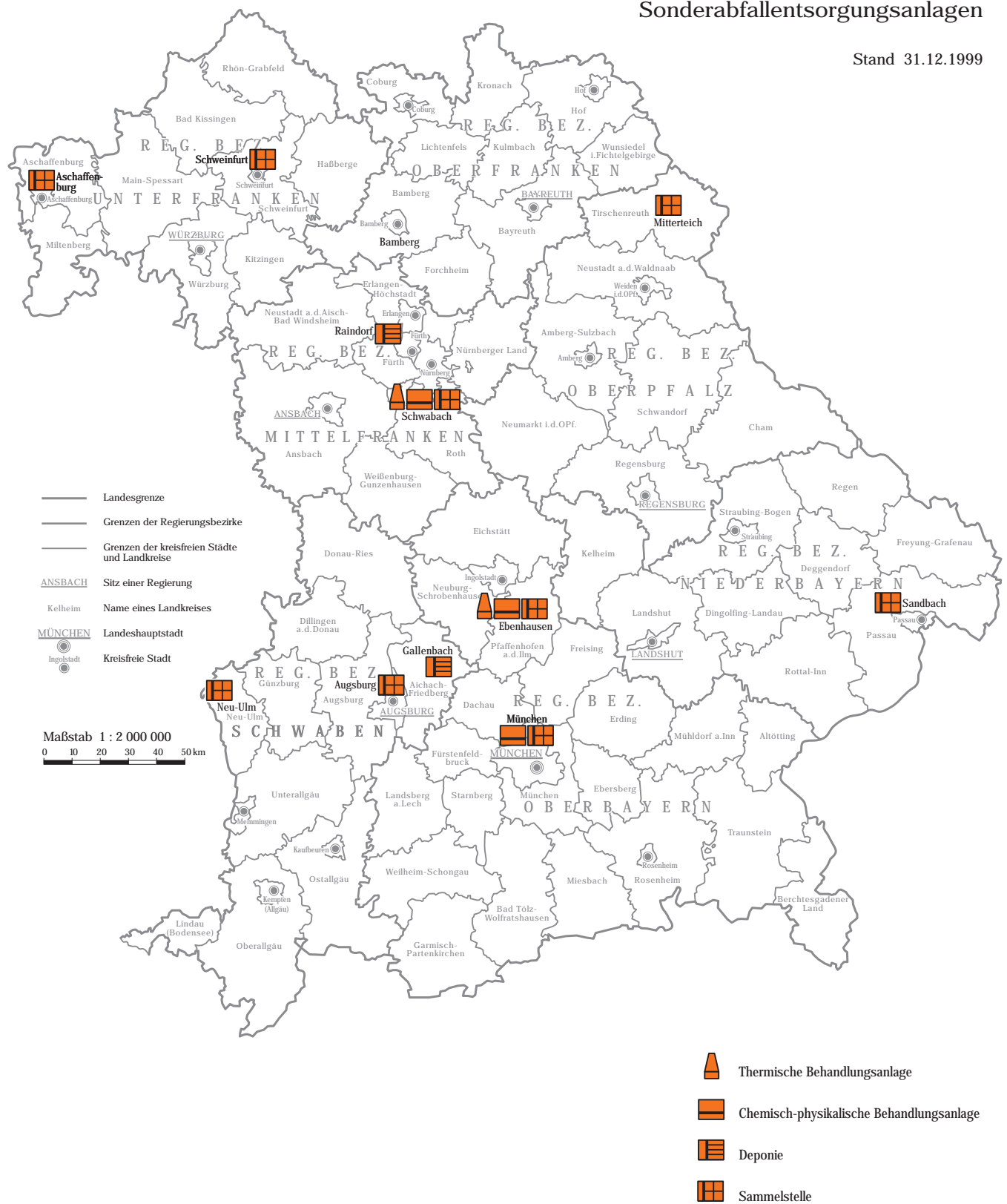
Deponien für Hausmüll, Reststoffe und Klärschlamm

Stand 31.12.1999



Sonderabfallentsorgungsanlagen

Stand 31.12.1999



Anhang 5 Zugelassene Verbringungen

Folgende Verbringungen der Abfälle zur Beseitigung durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften in andere Länder Deutschlands sind gem. Abschnitt II Nr. 2.7.3 zugelassen:

1. Verbringung des gesamten brennbaren Restabfalls der Stadt Memmingen als Mitglied des Zweckverbandes TAD Donautal in die thermische Abfallentsorgungsanlage Ulm (Baden-Württemberg).

2. Verbringung leichtbelasteter, mineralischer, nicht brennbarer Abfälle des Zweckverbandes für Abfallwirtschaft Kempten (ZAK) auf die Deponien des Landkreises Ravensburg; Verbringung brennbarer Abfälle zur vorübergehenden Lagerung auf den Deponien des Landkreises Ravensburg in Revisionszeiten des Müllheizkraftwerkes Kempten (mit Rücknahmevereinbarung in gleicher Menge).